



Liebe Leserinnen und Leser,

die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sind zutiefst verunsichert. Denn anstatt die Menschen mitzunehmen, stößt die Ampel Menschen mit ihren Heizungsplänen vor den Kopf. Es herrscht komplettes Chaos bezüglich der eigentlichen Inhalte der Regelungen, komplettes Chaos auch bezüglich der Förderung. Das was von der Bundesregierung vorgeschlagen wird, ist Klimaplanwirtschaft und Bevormundung der Menschen.

Echter Klimaschutz sieht anders aus: Dafür helfen vor allem Begeisterung, Innovation, Technologieoffenheit sowie Förderung und Anreize. Es geht darum, die Menschen mitzunehmen. Was wir jetzt brauchen, ist keine Pflicht zum Heizungsaustausch, sondern ein Austausch der Regierung.

Herzliche Grüße,

*Anja Weisgerber*

Dr. Anja Weisgerber MdB



Habecks Heizungs-Irrsinn  
Heizungsaustausch nicht  
übers Knie brechen > S. 2



Besuch in der Cramer-Mühle  
IED gefährdet Industrie  
und Landwirtschaft > S. 6



Tag der Städtebauförderung  
Bewährtes Förderprogramm  
für lebenswerte Heimat > S. 8

Treten Sie mit mir in Kontakt:





## Heizungsaustausch nicht übers Knie brechen

# Wärmewende ohne soziale Kälte

In den eigenen vier Wänden hat es jeder gerne warm. Der Ausstieg aus den fossilen Energien macht es allerdings nötig, dass wir anders heizen. So weit, so gut. Doch nun will die Ampel-Koalition die Wärmewende übers Knie brechen. Dabei ist ihr egal, ob die Bürgerinnen und Bürger sich den Heizungsaustausch leisten können oder nicht. Die CDU/CSU-Fraktion will jedenfalls eine Wärmewende ohne soziale Kälte.

### Was hat die Ampel vor?

Konsens ist: Deutschland soll bis 2045 klimaneutral werden. Das will auch die CDU/CSU-Fraktion. Aber: Wenn es ums Heizen geht, setzt die Ampel die Brechstange an. Schon ab nächstem Jahr soll jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Dabei setzt die Ampel einseitig auf die Wärmepumpe, obwohl auch andere Technologien zur Verfügung stünden.

### Warum ist das Murks?

Wenn man sich in der Baubranche, in der Industrie und im Handwerk umhört, wird klar: Es fehlt an Materialien und an Fachkräften für den Heizungsaustausch im Eiltempo. Fragt man Länder und Kommunen, so fordern sie zunächst den Aufbau von Wärmenetzen und Quartierslösungen. Außerdem fehlt es an verlässlichen Rahmenbedingungen für Anschaffungen und Investitionen.

Was die Bürger angeht – sie werden überfordert und allein gelassen. Viele fragen sich bang, wie sie die neue Heizung bezahlen sollen. Unklar ist, welche Förderprogramme und Übergangsfristen es geben wird, welche Ausnahmen und Härtefallregelungen.

Was die Bürger angeht – sie werden überfordert und allein gelassen. Viele fragen sich bang, wie sie die neue Heizung bezahlen sollen. Unklar ist, welche Förderprogramme und Übergangsfristen es geben wird, welche Ausnahmen und Härtefallregelungen.

### Was will die CDU/CSU-Fraktion?

Die CDU/CSU will eine Wärmewende auf freiwilliger Basis. Das funktioniert, wenn es gute Anreize gibt – zum Beispiel Abwrackprämien für alte Heizungen und Steuerrabatte für die energetische Sanierung von Häusern. „Fordern und Fördern“ lautet das Motto und nicht „Verbieten und Verordnen“.





Die Unionsfraktion will außerdem Technologieoffenheit: das heißt, nicht alles auf die eine Karte, die Wärmepumpe, setzen, sondern auch Biomasse und Wasserstoffe, Abwärme und Geothermie nutzen.

Zu guter Letzt setzt die CDU/CSU auf marktwirtschaftliche Lösungen. Über den CO<sub>2</sub>-Preis lässt sich die Wärmewende gut steuern – natürlich mit einem sozialen Ausgleich für diejenigen, die sich eine neue Heizung nicht einfach so leisten können.

## Plenarrede zum Heizungs-Antrag

Die CDU/CSU-Fraktion hat im Bundestag einen Antrag mit dem Titel „Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Wärmeversorgung ohne soziale Kälte“ eingebracht. In der hitzigen Debatte im Bundestag, mit Zwischenfragen unter anderem von Kevin Kühnert, hat Anja Weisgerber eine Rede gehalten: Das Heizungsverbot der Ampel ist nichts anderes als unkreative Verbotspolitik.



→ Die ganze Rede können Sie hier anschauen: [https://youtu.be/1yHIS\\_7fDX4](https://youtu.be/1yHIS_7fDX4)

→ Den Heizungs-Antrag der CDU/CSU-Fraktion finden Sie hier:  
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/067/2006705.pdf>

## AnjaLive: Fragen zum Heizungs-Irrsinn



Habecks Heizungs-Irrsinn – Was kommt auf die Eigentümer zu? Zu dieser Frage gab es ein „AnjaLive“ mit Dr. Andreas Lenz, Fachpolitischer Sprecher für Energie der CSU im Bundestag und Dr. Anja Weisgerber, Umweltpolitische Sprecherin der CSU im Bundestag.

→ Das ganze Video können Sie nochmal hier anschauen:  
[https://youtu.be/SQGIld6DHI\\_8](https://youtu.be/SQGIld6DHI_8)



## CSU startet Kampagne: Jetzt unterschreiben

# Heizungspläne stoppen

Die jetzt im Raum stehenden Pläne zum Öl-, Holz- und Gasheizungsverbot der Ampel drohen viele Menschen zu überfordern. Die Ampel zerstört die Planungssicherheit für Eigentümer, Mieter und Unternehmen. Sie lässt die Menschen bei Kosten, Fristen und technologischen Lösungen vollkommen alleine und beantwortet nicht, wie dieses Gesetz überhaupt in der Praxis umgesetzt werden könnte. Niemand weiß, woher die Handwerker, der Strom und die Technologie kommen sollen, um das Gesetz der Ampel umzusetzen. Bis heute ist zudem völlig unklar, wie die Bürgerinnen und Bürger bei einem eventuellen Heizungstausch unterstützt werden sollen. Das ist unverantwortlich und ein massiver Eingriff ins Eigentum.

Als CSU setzen wir uns dafür ein, dass Wohnungseigentümer auch künftig selbst darüber entscheiden können, wie sie heizen wollen. Denn die Heizung muss zum Haustyp passen. Wir setzen bei der Transformation hin zu mehr Klimaschutz auf Anreize und konkrete Förder- und Unterstützungsmaßnahmen und Technologieoffenheit statt auf Klimaschutz mit der Brechstange und eigentumsgefährdende Verbote.



### Wofür wir uns als CSU einsetzen:

1. Für klimafreundliches Heizen mit Anreizen statt Verboten.
2. Für den Schutz des Privateigentums: Wir wollen, dass Eigentümer selbst entscheiden können, wie sie heizen wollen.
3. Für bezahlbare Mieten: Wir wollen nicht, dass Mieten durch den Heizungsirrsinn der Ampel weiter steigen.
4. Für Technologieoffenheit beim Heizen: Wir wollen, dass man auch zukünftig mit Hack-schnitzel, Pellets und Biomethan heizen darf.
5. Für Planungssicherheit: Wir wollen, dass Politik berechenbar bleibt. Privathaushalte und Unternehmen brauchen langfristige Rechtssicherheit für ihre Investitionsentscheidungen.

Unsere herzliche Bitte: **Unterstützen Sie unsere Forderungen und setzen Sie sich für eine Politik ein, die Menschen mitnimmt und nicht überfordert.**

→ Jetzt mitmachen und Kampagne online unterstützen:  
<https://www.heizungsplaene-stoppen.de/>

→ [Hier finden Sie die Unterschriftenliste zum Download](#)





## CSU-Parteitag in Nürnberg

# Grundsatzprogramm beschlossen

Beim CSU-Parteitag am 6. Mai 2023 in Nürnberg haben die Delegierten das achte CSU-Grundsatzprogramm „Für ein neues Miteinander“ einstimmig beschlossen. Vorangegangen war dem Beschluss ein rund ein Jahr dauernder Grundsatzprogrammprozess unter der Leitung der beiden Vorsitzenden der CSU-Grundsatzkommission, Dr. Anja Weisgerber und Dr. Gerhard Hopp.

Herausgekommen ist ein knapp 90-seitiges liberal-konservatives Programm, das eine neue Wohlstandsagenda für Bayern und Deutschland beschreibt. Die CSU macht klar, worauf es ankommt: Solide Finanzen, gute Rahmenbedingungen für Wohlstand und Wachstum, schlanker und deshalb starker Staat, Sicherheit durch Stärke und Wehrfähigkeit, mehr Resilienz bei Energie, Rohstoffen und wichtigen Gütern, Vorfahrt für Arbeit, Unterstützung und Wahlfreiheit für Familien, Hightech-Agenda als Wohlstandsagenda für das Bayern unserer Kinder und Enkelkinder, Erneuerung des Wohlstandsversprechens der Sozialen Marktwirtschaft durch Leistung und Solidarität, Bayern als Inbegriff von Heimat und Hightech und Benchmark für Ökologie und Ökonomie.

→ Das neue Grundsatzprogramm "Für ein neues Miteinander" können Sie [hier herunterladen](#).



Über 40.000 Kilometer sind die beiden Vorsitzenden Dr. Anja Weisgerber und Dr. Gerhard Hopp durch Bayern gefahren und haben bei mehr als 200 Terminen die Meinung der CSU-Basis zum neuen CSU-Grundsatzprogramm eingeholt. Rund 1.000 Beteiligungskarten mit konkreten Anregungen haben unsere Mitglieder eingereicht. Sie wurden ausgewertet und die Gedanken sind in die Erstellung des Programms eingeflossen.

Dr. Anja Weisgerber: „Bei den vielen Gesprächen im vergangenen Jahr habe ich die große Lust unserer Mitglieder auf Diskussion verspürt. Ich bin unseren Mitgliedern dankbar für die vielen tollen Anregungen.“ Darüber hinaus gab es Gespräche mit Verbänden und weiteren Organisationen aus dem vorpolitischen Raum. Dr. Gerhard Hopp: „Von Umweltverbänden über Wirtschaftsverbänden hin zu sozialen Einrichtungen: Es war mir ein Anliegen, die gesamte Breite unserer Gesellschaft einzuladen, an unserem Grundsatzprogramm mitzuwirken. Ich denke, das ist hervorragend gelungen.“

→ Mehr Infos gibt es hier: <https://www.csu.de/politik/grundsatzprogramm/>



## Weisgerber: Schleichende Deindustrialisierung verhindern

# IED gefährdet Industrie und Landwirtschaft

Die Europäische Union verhandelt derzeit über die Änderung der Industrieemissionsrichtlinie (IED-Richtlinie). Aktuell fallen rund 52.000 Anlagen in Europa unter die Bestimmungen der Richtlinie, darunter auch mehrere Dutzend Anlagen im Wahlkreis Schweinfurt-Kitzingen, wie zum Beispiel Gießereien, Ziegelwerke, Mühlen, Abfallanlagen, Heizkraftwerke oder landwirtschaftliche Betriebe. Die EU-Kommission schlägt in ihrem Entwurf vor, die IED-Bestimmungen für Industrie und Landwirtschaft drastisch zu verschärfen. Zukünftig werden deutlich mehr Unternehmen eine Genehmigung nach der IED-Richtlinie benötigen. Insgesamt werden nach dem Vorschlag der Kommission künftig 185.000 Betriebe in Europa zusätzlich in den Anwendungsbereich der Vorschrift fallen.

Die Schweinfurter Bundestagsabgeordnete Anja Weisgerber (CSU) sieht diese Entwicklung mit großer Sorge für den Wirtschaftsstandort Deutschland: „Viele Betriebe würden keine Genehmigung für den Weiterbetrieb oder diese nur mit erheblichen finanziellen und bürokratischem Aufwand erhalten. Mit den geplanten Verschärfungen durch die Richtlinie wird eine schleichende Deindustrialisierung in Deutschland massiv befördert. Die Bundesregierung begrüßt sogar die Richtlinie und interveniert nicht in dem Maße, wie es sich für eine Industrienation notwendig wäre.“



Um sich ein Bild von der Anwendung der Industrieemissionsrichtlinie zu machen, besuchte Anja Weisgerber die Cramer-Mühle

in Schweinfurt. Die Anlage des seit 1806 bestehenden Unternehmens fällt auch unter die Bestimmungen der IED-Richtlinie. „Die Einhaltung der Emissionen wird von der Stadt Schweinfurt überwacht. Wir haben die Grenzwerte für Stäube immer unterschritten“, erklärt Geschäftsführer Philipp Cramer beim Rundgang.

In der Mühle werden mit rund 100 Mitarbeitern bis zu 900 Tonnen Getreide pro Tag verarbeitet. Cramer betont: „Noch mehr Bürokratie und noch schärferer Verordnungen führen zu massiven Mehrkosten, die für die Unternehmen einfach nicht mehr refinanzierbar sind.“ Der Müller hat die Sorge, dass somit noch mehr kleinere Betriebe vom Markt verschwinden.



„Verbesserungen bei den Industrieemissionen kann man nur gemeinsam mit Unternehmen und der heimischen Landwirtschaft erreichen – nicht gegen sie“, erklärt Anja Weisgerber. „Die Richtlinie hat enorme Auswirkungen auf erforderliche Investitionen zur Nachrüstung der Betriebe. Sie bindet damit Finanzmittel, die für Investitionen in Klimaschutz und Energieeffizienz dringend erforderlich wären“, so die Bundestagsabgeordnete.

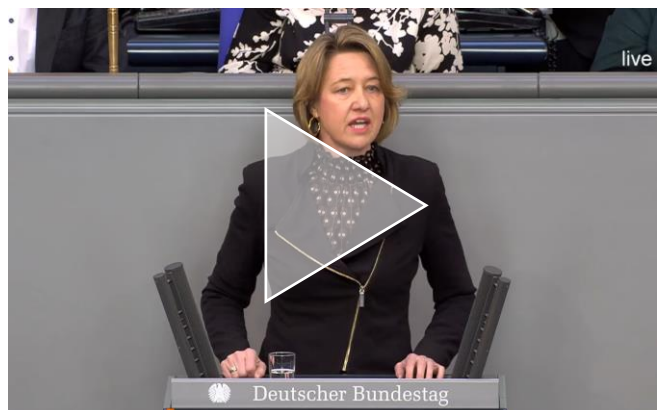
Die vorgeschlagenen Änderungen der IED-Richtlinie führen ebenfalls dazu, dass keine einzige Anlage in Deutschland eine reguläre Genehmigung erhalten würde. „Für den Erhalt der dann für den Weiterbetrieb notwendigen Sondergenehmigungen müssen die Betreiber jeden einzelnen abweichenden Wert gegenüber der zuständigen Genehmigungsbehörde begründen. Die Genehmigungsverfahren werden sich dadurch stark verlängern“, erklärt Weisgerber.

Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag lehnt die derzeit geplante Änderung der Richtlinie strikt ab, so die Abgeordnete: „Wir setzen uns dafür ein, die bislang bewährten Mechanismen zu erhalten und auf neue Verschärfungen zu verzichten. Ohne eine klare Positionierung Deutschlands gegen die Pläne der EU, wird diese Änderung der Industrieemissionsrichtlinie voraussichtlich beschlossen werden. Die Bundesregierung muss in Brüssel dringend für mehr Realitätssinn und Praktikabilität sorgen.“

Bisher hält sich die Ampel zu diesem Thema noch sehr bedeckt. Sowohl mit Kleinen Anfragen, als auch in einer Plenardebatte im Oktober 2022 sowie im Zuge einer öffentlichen Anhörung im März 2023 hat die Unionsfraktion die Bundesregierung bereits zur Positionierung aufgefordert. „Die Ampel ist aber eine Antwort zu ihrer Verhandlungsposition in Brüssel schuldig geblieben“, bedauert Weisgerber.

## Rede zur Industrieemissionsrichtlinie

Auch der Bundestag debattiert über die Änderung der EU-Industrieemissionsrichtlinie. Im Rahmen der Debatte sprach auch Anja Weisgerber. Die geplante Verschärfung der Richtlinie sieht sie mit großer Sorge für den Wirtschaftsstandort Deutschland: Damit werde eine schleichende Deindustrialisierung in Deutschland massiv befördert. Die Bundesregierung müsse in Brüssel dringend für mehr Realitätssinn und Praktikabilität sorgen.



→ Die ganze Rede können Sie hier anschauen: <https://youtu.be/CbFfiQ05VGI>



Weisgerber: Bewährtes Förderprogramm für lebenswerte Heimat

## Tag der Städtebauförderung

In ganz Deutschland feierten Städte und Gemeinden am 13. Mai 2023 unter dem Motto „Wir im Quartier“ den Tag der Städtebauförderung. An diesem jährlichen Aktionstag zeigen die Kommunen, wie sie mit Mitteln der Städtebauförderung und unter Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger attraktive Stadt- und Ortsteilzentren schaffen und ein gutes Zusammenleben in lebendigen Nachbarschaften fördern.

Auch im Bundeswahlkreis Schweinfurt-Kitzingen unterstützt die Städtebauförderung die Entwicklung der Städte und Gemeinden. Allein im Jahr 2022 flossen knapp 14 Millionen Euro Bundesfinanzhilfen in 14 Kommunen. Schwerpunkte der Förderung waren im vergangenen Jahr Mainbernheim im Landkreis Kitzingen mit 3,36 Millionen sowie Niederwerrn und Oberschwarzach im Landkreis Schweinfurt mit jeweils über drei Millionen Euro Förderung. „Ich freue mich, dass wieder so viele Städte, Dörfer und Gemeinden in meinem Wahlkreis profitiert haben. Nur wenige Förderprogramme des Bundes wirken in solch umfassender Weise auf die Kommunen wie die Städtebauförderung“, erklärt die CSU-Bundestagsabgeordnete Anja Weisgerber. Die Programme decken dabei die unterschiedlichen örtlichen Ausgangslagen ab, setzen Akzente und bilden passgenaue Angebote für die individuellen Vorhaben in den Kommunen.



„Als Abgeordnete im ländlichen Raum ist es mir besonders wichtig, dass von der Städtebauförderung, anders als der Name vielleicht vermuten lässt, neben Städten wie Schweinfurt oder Kitzingen, auch kleinere Kommunen, wie Oberschwarzach von der Förderung profitieren können“, so Weisgerber weiter. In der Marktgemeinde Oberschwarzach fließt die Städtebauförderung in die Sanierung und Umnutzung des Julius-Echter-Schlosses (Foto) zu einem neuen Kultur- und Gemeinschaftszentrum mit überregionaler Strahlkraft. „Die Städtebauförderung leistet damit einen wichtigen Beitrag, unsere Heimat noch lebenswerter zu machen und sichert als regionales Wirtschaftsförderprogramm Arbeitsplätze in der Region“, so Weisgerber abschließend.

Seit 1971 ist die Städtebauförderung als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen ein erfolgreiches Instrument der städtischen Erneuerung. Sie unterstützt die Kommunen dabei, sich an wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Veränderungen anzupassen.





## CSU für dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer im Gastgewerbe Mit Entlastungen für Wachstum

Mangel an Fachkräften, gestiegene Kosten für Energie und Rohstoffe, überbordende Bürokratie und gestörte Lieferketten – das sind die größten Herausforderungen, denen unsere heimischen Unternehmen derzeit gegenüberstehen. Diese Erkenntnisse brachte eine Befragung von Unternehmen und Betrieben im Bundeswahlkreis Schweinfurt-Kitzingen, die die CSU-Bundestagsabgeordnete Anja Weisgerber kürzlich durchgeführt hat. „Deutschland ist Spitze: Bei den Energiekosten, den Arbeits- und Lohnnebenkosten, den Bürokratiekosten und bei den Steuern. Deshalb braucht es eine kluge Standortpolitik. Wer den Wohlstand in Deutschland erhalten will, der braucht gute Wettbewerbsbedingungen für das Wachstum von morgen“, kommentiert Weisgerber die Ergebnisse.



Die Befragung hat weiterhin gezeigt, dass die Stimmung in den befragten Unternehmen zu den Geschäftsaussichten eher negativ ist. „Wir müssen schnell raus aus der Krise kommen und dürfen nicht zulassen, dass die Ampel-Regierung den Standort Deutschland vom Wachstumsmotor Europas zum Schlusslicht macht“, so die Abgeordnete. „Wir fordern daher geringere Abgaben, ein viertes Bürokratieentlastungsgesetz und eine Fachkräfteoffensive.“ Der Schweinfurter Bezirksrat Stefan Funk ergänzt: „Wir müssen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so setzen, dass diese am Standort bleiben. Wir brauchen eine florierende Wirtschaft um die Standards in der Sozialpolitik weiter zu erhalten und finanzieren zu können.“ Die CSU-Landtagskandidatin Martina Gießübel fügt hinzu, dass gerade bei den Themen Bürokratie auf allen Ebenen dringender Handlungsbedarf bestehe: „Die Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht und schneller werden. Das ist mir ein großes Anliegen.“

Das Gastgewerbe hat sich in der Befragung darüber hinaus sehr deutlich dafür ausgesprochen, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent in der Gastronomie dauerhaft zu entfristen. „Kaum eine Branche hat so unter der Pandemie gelitten. Wir stehen an der Seite unserer Gastronomen, die Tag für Tag mit Leib und Seele Gäste bewirten. Deshalb kämpfen wir für die dauerhafte Entfristung der ermäßigten Mehrwertsteuer und für Planungssicherheit für unsere Gastwirte. Gerade jetzt, wo auch die Lebensmittel immer teurer werden, wäre das ein starkes Signal seitens der Ampel-Regierung“, fordert Weisgerber. Nachdem die Unionsfraktion schon erfolgreich die Verlängerung der ermäßigten Mehrwertsteuer bis Ende 2023 durchsetzen konnte, hat sie im Februar einen Gesetzentwurf für die dauerhafte Entfristung im Deutschen Bundestag eingebracht. „Jetzt ist die Ampel-Regierung am Zug“, so Weisgerber abschließend.



## Umweltministerkonferenz in Bonn

# Wolfsbestände müssen reduziert werden

Vergangene Woche trafen sich die Umweltminister von Bund und Ländern zur Umweltministerkonferenz auf dem Petersberg in Bonn. Bei der Tagung stand auch das Thema Wolf auf der Tagesordnung. Dazu erklärte die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anja Weisgerber:

„Die Wolfspopulation wächst weiter dynamisch und unbegrenzt. Die Zahl der Nutztiere, die von Wölfen gerissen werden, wächst stetig. Der gute Erhaltungszustand des Wolfes ist laut Experten



erreicht. Deshalb muss die Bundesumweltministerin endlich handeln und darf die Menschen im ländlichen Raum nicht länger alleine lassen.

Da hilft keine Romantisierung, da hilft nur die Jagd zur Dezimierung der Bestände. Die Ministerin muss - wie die Minister anderer EU-Staaten auch - gesetzliche Spielräume dafür nutzen. Sie muss sich auf EU-Ebene für eine Herabstufung des Schutzniveaus des Wolfs einsetzen. Neben

der Bejagung zur Dezimierung der Bestände brauchen wir schnell auch bundesweit einheitliche unbürokratische Regeln für die Bejagung von verhaltensauffälligen Wölfen. Die Umweltministerkonferenz muss jetzt die Weichen dafür stellen.“

## Haben Sie Fragen oder Anregungen?

Ich freue mich über Ihren Brief, Ihre E-Mail oder Ihren Anruf.

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

Tel.: 030 227-79344

Fax: 030 227-76343

E-Mail: [anja.weisgerber@bundestag.de](mailto:anja.weisgerber@bundestag.de)

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen

Karl-Götz-Str. 17

D-97424 Schweinfurt

Tel: 09723 934370

Fax: 09723 934385

E-Mail: [anja.weisgerber@bundestag.de](mailto:anja.weisgerber@bundestag.de)

→ Klicken Sie auf die Symbole, und Sie gelangen zu meinen Profilen in den sozialen Medien.



Bildnachweis: Titel Tobias Koch (Portrait); S. 2 CDU/CSU-Fraktion (Kälte); S. 3 DBT (Screenshot Rede), Büro MdB Weisgerber (AnjaLive); S. 4 CSU-Landesleitung (Heizungspläne); S. 5 CSU-Landesleitung (Parteitag); S. 6 Büro MdB Weisgerber (Cramer-Mühle); S. 7 DBT (Screenshot Rede); S. 8 Adobe Stock (Oberschwyrzach); S. 9 Tobias Koch (Wirtschaft); S. 10 Pixabay (Wolf)